



Eingang:

Frankfurt, den 16. November 2005

Antrag der SPD-Fraktion im Römer

Keine Zwei-Drittel-Horte ohne verlässliche Planung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Vorlage M 198 wird zugestimmt unter der Maßgabe, dass:

1. der Magistrat Kriterien für die „Verlässlichkeit“ von Grundschulen definiert und offen legt. Die Verlässlichkeit der Schulen soll nach sechs Monaten mit Hilfe einer Elternbefragung evaluiert werden.
2. der Magistrat ausreichend Mittel für die Qualifizierung der Betreuungskräfte an den Grundschulen bereitstellt.
3. der Magistrat die Raumsituation an den Grundschulen vor Ort überprüft und der Stadtverordnetenversammlung hierüber berichtet.
4. der Magistrat die in den städtischen Horten frei werdenden 15 Stellen an anderen Horten und Kitas zur Deckung der dringendsten Bedarfe einsetzt.
5. der Magistrat das zu erarbeitende Personalbemessungskonzept (vgl. Punkt 2.1 und 2.3 der Vorlage) der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorlegt.
6. der Magistrat prüft und berichtet, was mit den frei werdenden Stellen in den Horten der freien und kirchlichen Träger geschieht
7. der Magistrat vor Beginn der Pilotphase berichtet, wie er die Betreuungsbedarfe von Kindern decken will, die keine Schule mit verlässlichen Öffnungszeiten besuchen, aber von der 2/3-Regelung des Hortes betroffen sind.

Begründung:

Bei Grundschulen, die tatsächlich über verlässliche Öffnungszeiten verfügen, ist ein Parallelangebot des Hortes nicht mehr erforderlich. Die Betreuerinnen können dort eingesetzt werden, wo noch großer Bedarf ist, der derzeit nicht gedeckt werden kann. Dieser Pilot-

versuch kann jedoch nur beginnen, wenn sichergestellt ist, dass evtl. Unterrichtsausfälle in den Grundschulen in gleichem Umfang und Qualität gewährleistet werden, wie zuvor in den Horten. Das Vertrauen der Eltern in die sog. „Unterrichtsgarantie“ der hessischen Landesregierung ist durch die Erfahrungen der letzten Jahre stark erschüttert. Es darf aber nicht sein, dass das Versagen der Landesregierung an den Eltern und Kindern in Frankfurt ausgelassen wird. Hier hat die Stadt eine Vorsorgepflicht, der sie mit einer soliden Planung und Finanzierung des Pilotprojektes nachkommen muss.

SPD-Fraktion im Römer

Klaus Oesterling
Fraktionsvorsitzender

Antragstellerin:

Stv. Sylvia Weber